

Antrag

an den digitalen Stadtparteitag der Münchner Grünen am 08.06.2021

Initiator*innen: Alfred Mayer

Titel: GO 3: Antragsrating ohne Diskriminierung

Antragstext

- 1 Die Stadtversammlung möge beschließen:
- 2 1. Dem Antragsranking geht eine mündliche Kurzvorstellung durch die
- 3 Antragsteller voraus. Redezeit eine Minute.
- 4 2. Um den Anschein einer Diskriminierung zu vermeiden, werden bei der
- 5 Abstimmung die Antragsteller nicht genannt.

Begründung

Auch wenn das Ergebnis des Rating von vorneherein feststeht, weil alle wissen, daß es meist allein darum geht, nur mich an einer Antragstellung zu hindern, sollte wenigstens der Anschein gewahrt sein, es ginge demokratisch zu.

Das setzt voraus, daß die Abstimmenden wenigstens wissen, um was es bei den Anträgen jeweils geht. Nicht alle sind aus den verschiedensten Gründen gehindert, sich schon vor der Versammlung über den Inhalt der angekündigten Anträge zu informieren.. Wenn man in der Versammlung zuhören will, wird man sich auch nicht dort in die Tischvorlagen vertiefen können.

Da Alle wissen, daß meine Anträge hinten landen werden und die Versammlung wie fast immer so gestaltet werden wird, daß für die letzten Anträge **leiderleider leider** keine Zeit mehr bleibt, lohnt sich ohnehin nicht, meine Anträge zu lesen.

Ich selbst kann mit dieser diskriminierenden Behandlung bedingt leben, weil mir die Bewahrung der Biosphäre ein leidenschaftliches Anliegen ist, leider können aber andere Mitglieder von Anträgen, vielleicht sehr wertvollen Anträgen und von einer daraus folgenden noch wertvolleren Mitarbeit abgehalten werden, weil sie mein Schicksal nicht teilen wollen.

Tatsächlich werden in unserem Kreisverband auch kaum Anträge von Mitgliedern gestellt.

Genau auf dieses Ergebnis könnte es den Akteuren ankommen, um das Aufkommen von Konkurrenten zu erschweren.

Anträge ohne Hintergedanken können sich Karrieristen nur schwer vorstellen.

Ich würde die Anträge nicht stellen, wenn ich nicht davon ausgehen würde, daß sie ein programmatisches Defizit abdecken könnten.

Sich direkt an Abgeordnete zu wenden, scheitert schon an den sog. wissenschaftlichen Mitarbeitern.